

Inhalt

	Seite
Autorenverzeichnis	17
Grußwort (<i>Willutzki</i>)	19
I. Einführung in das Thema (<i>Prenzlow</i>)	21
1. Ein Blick zurück	21
1.1 War das nicht einfach – damals?	21
1.2 Und wie kompliziert ist das Recht – heute?	21
2. Das Handbuch zum Sorge- und Umgangsrecht	22
2.1 Die Betroffenen	22
2.2 Zielgruppe	23
2.3 Die Professionen	24
II. Sorge aus richterlicher Sicht (<i>Burschel</i>)	29
1. Die Elternschaft	29
1.1 Die Mutterschaft	29
1.2 Die Vaterschaft	29
a) Das eheliche Kind	29
b) Das nichteheliche Kind	30
(1) Vaterschaftsanerkennung	30
c) Vaterschaftsfeststellung	31
d) Vaterschaftsanfechtung	32
e) Anfechtung durch das Kind, die Mutter oder den rechtlichen Vater	32
(1) Anfechtung durch den biologischen Vater	32
(2) Anfechtung durch die Verwaltungsbehörde	33
(3) Das Verfahren nach § 1598a BGB	34
(4) Die Voraussetzungen des Verfahrens	34
(5) Die Folgen des Verfahrens	35
1.3 Die Adoption	35
a) Die Minderjährigenadoption	36
(1) Voraussetzungen	36
(2) Die Wirkungen der Minderjährigenadoption	37
b) Die Volljährigenadoption	37
2. Die Träger der elterlichen Sorge	38
2.1 Verheiratete Eltern	38
2.2 Nicht verheiratete Eltern	38
2.3 Tod eines Elternteils	40
a) Tod eines Elternteils bei gemeinsamer Sorge	40
b) Tod eines Elternteils bei Alleinsorge	41

	Seite
3. Der Inhalt der elterlichen Sorge	41
3.1. Allgemeines	41
3.2. Die Personensorge	42
a) Das Namensrecht	42
(1) Der Geburtsname	42
(2) Die Einbenennung	42
(3) Der Vorname	43
b) Das Aufenthaltsbestimmungsrecht	43
c) Das Recht und die Pflicht der medizinischen Versorgung	44
(1) Empfängnisverhütung	45
(2) Schwangerschaftsabbruch	45
(3) Sterilisation	46
(4) Beschneidung	47
(5) Tattoo und Piercing	47
d) Die religiöse Kindererziehung	47
3.3. Die Vermögenssorge	48
a) Taschengeld	48
b) Erbschaften oder Schenkungen	48
c) Weitere Geschäftstätigkeiten	49
3.4. Meinungsverschiedenheiten der Eltern	49
4. Der Umgang mit dem Kind	49
4.1. Der Umgang mit dem anderen Elternteil	49
a) Grundsätzliches	49
b) Der Wille des Kindes	50
c) Ausgestaltung des Umgangs	50
(1) Ort	50
(2) Häufigkeit und Dauer	50
(3) Modalitäten	51
d) Ausschluss und Einschränkung des Umgangs	52
4.2. Der Umgang mit Großeltern, Geschwistern und anderen engen Bezugspersonen	53
a) Großeltern und Geschwister	53
b) Andere enge Bezugspersonen	53
c) Die Kindeswohl dienlichkeit	53
4.3. Der Umgang mit dem biologischen, aber nicht rechtlichen Vater	54
5. Das Verfahren in Kindschaftssachen aus richterlicher Sicht	54
5.1. Das Vorrang- und Beschleunigungsgebot (§ 155 FamFG)	54
a) Praktische Auswirkungen und Probleme	54
(1) Für das Gericht	54
(2) Für die beteiligten Rechtsanwälte	55
(3) Für das Jugendamt	55
b) Notwendigkeit von Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Anordnung?	55

	Seite
5.2 Das Hinwirken auf Einvernehmen (§ 156 FamFG)	56
a) Auswirkungen für das Gericht	56
b) Auswirkungen für den Sachverständigen	57
c) Auswirkungen für den Verfahrensbeistand	57
d) Auswirkungen für die Beteiligten	58
5.3 Die Einholung eines Sachverständigengutachtens	58
a) Die Notwendigkeit der Einholung	58
b) Die Fristsetzung nach § 163 Abs. 1 FamFG	59
5.4 Die Vollstreckung von Umgangsanordnungen	60
a) Ordnungsgeld und Ordnungshaft	60
b) Die Umgangspflegschaft	61
c) Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts	61
5.5 Besondere Probleme bei der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe in Kindschaftssachen	62
a) Mutwilligkeit	62
b) Beiordnung eines Rechtsanwaltes	62
6. Kindeswohlgefährdung	63
6.1 Die Kindeswohlgefährdung	63
6.2 Maßnahmen bei Kindeswohlgefährdung	66
6.3 Die agierenden Personen	67
a) Das Gericht	67
b) Der Vormund und der Pfleger	67
c) Das Jugendamt	69
III. Der Anwalt im Sorgerechts- und Umgangsverfahren (Kretzschmar/Sander)	71
1. Außergerichtliche Beratung und Vertretung	71
2. Häufige Verfahrensgegenstände im Überblick	71
2.1 Sorgerecht	71
a) Bei bestehender gemeinsamer Sorge – Antrag auf Übertragung der Alleinsorge auf einen Elternteil	71
b) Bei Alleinsorge der Mutter des nichtehelichen Kindes – Antrag auf Regelung der gemeinsamen Sorge	73
c) Bei Alleinsorge der Mutter des nichtehelichen Kindes und Getrennt- leben – Antrag auf Regelung der Alleinsorge auf den Vater	74
d) Aufenthaltsbestimmungsrecht	74
e) Entscheidungsbefugnis über einzelne Belange (§ 1628 BGB)	75
f) Kindeswohlgefährdung (§§ 1666–1667 BGB)	76
(1) Gefährdung des Kindeswohls	76
(2) Pflichtwidriges Verhalten	77
(3) Fehlende Gefahrenabwehr durch die Eltern	78
(4) Verhältnismäßigkeit	78
(5) Gefährdung des Kindesvermögens	78

2.2	Umgangsregelungen	79
a)	Umgang zwischen Kind und Eltern	79
(1)	Allgemeines	79
(2)	Ausschluss des Umgangs	80
b)	Umgang des Kindes mit anderen Personen, § 1685 BGB	82
(1)	Umgangsrecht von Großeltern/Geschwistern, § 1685 Abs. 1 BGB ..	82
(2)	Umgangsrecht mit anderen Bezugspersonen, § 1685 Abs. 2 BGB ...	83
(3)	Umfang des Umgangs	83
2.3	Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes (§ 1686 BGB)	83
3.	Verfahrensarten	84
3.1	Einstweilige Anordnung (§§ 49 ff. FamFG)	84
3.2	Hauptsacheverfahren	86
4.	Verfahrensgrundsätze und Entscheidungskriterien	87
4.1	Verfahrensgrundsätze	87
a)	Vorrang- und Beschleunigungsgebot, § 155 Abs. 1 und 2 FamFG	87
b)	Amtsermittlungsgrundsatz	88
c)	Hinwirken auf Einvernehmen	88
d)	Erforderlichenfalls: Anwaltsbeordnung	88
e)	Anhörung der einzelnen Verfahrensbeteiligten	89
f)	Sachverständigengutachten	90
g)	Verfahrensbeistand	91
4.2	Entscheidungskriterien – Kindeswohlprinzip (§ 1697a BGB)	91
a)	Fehlende Kooperationsfähigkeit oder -bereitschaft	91
b)	Gleichgültigkeit eines Elternteils	92
c)	Ungeeignetheit zur Pflege und Erziehung	92
d)	Gewaltanwendung gegen den anderen Elternteil	93
e)	Förderungsgrundsatz	93
f)	Betreuungsmöglichkeit und -bereitschaft	93
g)	Erziehungseignung	94
h)	Bindungstoleranz	95
i)	Kontinuitätsgrundsatz	96
j)	Bindungen bzw. Beziehungen des Kindes zu Eltern und Geschwistern	96
k)	Wille des Kindes	97
5.	Anwaltliche Aufgaben im gerichtlichen Mandat	98
5.1	Stärkung/Beratung des Mandanten	98
5.2	Filtern des Tatsachenvortrags	98
5.3	Kontaktaufnahme zum Jugendamt	99
5.4	Kontaktaufnahme zum Verfahrensbeistand	99
5.5	Anwaltspflichten bei Bestellung eines Sachverständigen	99
5.6	Handeln bei Verfahrensverzögerung durch das Gericht	102
6.	Abschluss des Verfahrens	103
6.1	Beschluss	103
6.2	Gerichtlich gebilligter Vergleich	103

	Seite
7. Rechtsmittel gegen Endentscheidungen in Sorge- und Umgangsverfahren	103
8. Vermittlungsverfahren (§ 165 FamFG)	104
9. Kosten, Verfahrenskostenhilfe und Anwaltsbeordnung im Gerichtsverfahren	106
9.1 Kosten	106
9.2 Verfahrenskostenhilfe und Anwaltsbeordnung	107
10. Vollstreckung	108
10.1 Allgemeines	108
10.2 Schuldhafter Verstoß des Verpflichteten	110
10.3 Adressat der Zwangsmaßnahme	110
10.4 Androhung von Ordnungsmitteln	110
10.5 Ordnungsmittel	111
a) Auswahl der Ordnungsmittel – Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	111
11. Abänderung gerichtlicher Entscheidungen/gerichtlich gebilligter Vergleiche (§ 1696 BGB)	113
IV. Die elterliche Sorge aus sozialpädagogischer Betrachtung (Simons)	116
1. Einleitung	116
2. Das Kinder- und Jugendhilfesystem in seiner systematisch-rechtlichen Begründung im Verfassungsrecht	117
2.1 Leistungen des Jugendamtes	118
2.2 Andere Aufgaben des Jugendamtes	119
2.3 Zusammenfassung	120
3. Die Wirkmöglichkeiten und Gestaltungskräfte der Jugendhilfe	120
3.1 Die Strukturprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe	120
3.2 Die einzelnen Handlungsinstrumentarien der Kinder- und Jugendhilfe	121
a) Übersicht A: Hilfen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich von Partnerschaft, Ehe und Familie, Trennung und Scheidung ..	122
b) Übersicht B: Hilfen und Angebote im Kinder- und Jugendhilferecht zur Sicherung von Kindeswohl und Erziehung	124
3.3 Die Gestaltung der Bestimmungen im Kinder- und Jugendhilferecht als Stufenmodell	125
a) Grundlegende und präventive Hilfen im Lebensfeld	125
b) Hilfen und Angebote im engeren Zuständigkeitsbereich des Jugend- amtes	126
c) Hoheitliche Hilfen in der Verantwortungsgemeinschaft von Jugendamt und Familiengericht	126
d) Ausgangslage in der Lebenswelt nach dem Hilfe- und Interventions- prozess von Jugendamt und Gericht	127
e) Zusammenfassung	127
4. Umsetzung in der jugendamtlichen Praxis bei Kindeswohlgefährdung	128
4.1 1. Stufe: Allgemein präventive Phase	128
4.2 2. Stufe: Speziell präventive Angebote	128
4.3 3. Stufe: Konkret ausgerichtete Hilfeangebote im Verantwortungsbereich des Jugendamtes	128
4.4 4. Stufe: Jugendamt und Gericht als Verantwortungsgemeinschaft	128

	Seite
4.5 5. Stufe: Hoheitliche Hilfe in der vorrangigen Entscheidungsverantwortung des Familiengerichts	129
4.6 6. Stufe: Die Befugnisse der Ausübung der elterlichen Sorge nach der staatlichen Intervention durch Jugendamt und Gericht	129
5. Umsetzung in der jugendamtlichen Praxis bei Trennung und Scheidung	129
6. Aktuelle Entwicklungen	131
6.1. Anknüpfen bei der Familie	131
6.2 Prävention	131
6.3 Vernetzung	132
7. Die elterliche Sorge aus sozialpädagogischer Sicht	133
7.1 Die konkreten Praxis- und Handlungsschritte bei Trennung und Scheidung	134
a) Das Informationsgespräch	134
b) Die Beratungsstelle	135
c) Der sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes	136
d) Das Familiengericht	136
e) Welche konkreten Handlungsschritte sollten von Trennung und Scheidung betroffene Familien beachten?	138
7.2 Die konkreten Praxis- und Handlungsschritte zur Sicherung des Kindeswohls	139
a) Die Sicherstellung des Kindeswohls in Form von Hilfen im ambulanten Bereich	139
b) Sicherstellung des Kindeswohls in Form von Hilfen im stationären Bereich	140
(1) Unterbringung mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten	140
(2) Unterbringung gegen den Willen der Personensorgeberechtigten ..	140
(a) Die gerichtlich gebilligte Unterbringung	140
(b) Die Inobhutnahme	140
8. Das Jugendamt im deutschen Jugendhilferecht	141
8.1 Die Organisationsstruktur	141
8.2 Probleme	143
9. Die aktuelle Situation der Sozialen Arbeit und zukünftige Entwicklungsanforderungen	145
V. Verfahrensbeistand (Kuleisa-Binge/Wacker)	147
1. Einführung in die Tätigkeit des Verfahrensbeistandes für Kinder und Jugendliche	147
1.1 Aufgabe und Stellung im Verfahren	147
1.2 Vorgehensweise des Verfahrensbeistands	147
1.3 Partizipation von Kindern und Jugendlichen	149
1.4 Anhörung des Kindes	150
2. Die gemeinsame elterliche Sorge	151
2.1 Nach Zusammenleben der Eltern gem. § 1671 BGB	151
2.2 Bei Nichtzusammenleben der Eltern	152
Exkurs: Sachverständigenutachten VI	154

	Seite
2.3 Sorgerecht bei fehlender Beziehungsgrundlage	155
2.4 Eingriffe in das Sorgerecht	155
a) Anrufung des Gerichts im Rahmen von § 8a SGB VIII	155
b) Eingriffe in das Sorgerecht im Rahmen von § 1666 BGB	156
3. Umgang	157
3.1 Umgang mit Vater oder Mutter	159
a) Umgang über große Entfernungen	160
b) Umgang unter besonderen Umständen	161
3.2 Umgang mit Dritten	161
3.3 Umgang in Kurzzeit- und Dauerpflege	161
3.4 Umgangsausschluss, begleiteter Umgang	162
3.5 Umgangspflegschaft	163
4. Zwischen elterlicher Sorge und Umgang: Das Wechselmodell	164
5. Verfahren mit Auslandsbezug	166
5.1 Beabsichtigte Aufenthaltsverlegung ins Ausland	166
5.2 HKÜ-Verfahren	166
5.3 Umgangsverfahren	167
6. Elterliche Sorge im Kontext freiheitsentziehender Maßnahmen	168
6.1 Sorgerechtliche Aspekte	168
6.2 Aufgabe und Selbstverständnis des Verfahrensbeistands	169
6.3 Praxiserfahrungen	169
a) ... mit der Begutachtung	169
b) ... in der Haltung der Beteiligten	170
c) ... bei Unterbringung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zur Abklärung	170
d) ... mit Unterbringung in Jugendhilfeeinrichtungen	171
7. Fazit	171
7.1 Gewinn für das vertretene Kind	171
7.2 Nutzen für das Gericht und die Beteiligten	172
a) Für das Gericht	172
b) Für das Jugendamt	172
c) Für die Eltern	172
d) Für die Rechtsanwälte	172
e) Für die Sachverständigen	172
8. Professionalisierung der Verfahrensbeistandschaft	173
8.1 Weiterbildung	173
8.2 Vernetzung	173
8.3 Auf dem Weg von der Tätigkeit zum Beruf	174
VI. Psychologische Sachverständige (Früh-Naumann)	175
Prolog: Perspektive der gutachterlichen Theorie und Praxis mit exemplarischer Relevanz	175
1. Sachverständigengutachten – Funktion und Stellung im familienrechtlichen Verfahren	176
1.1 Beauftragung einer Begutachtung und Beweisfragen	176

	Seite
1.2 Mündliche oder schriftliche Erstattung eines Gutachtens	178
1.3 Entscheidungs- oder lösungsorientierter Ansatz – Gegensatz oder Ergänzung?	181
2. Pädagogisch-psychologische Bezugstheorien im Rahmen einer Begutachtung ...	186
2.1 Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung	186
2.2 Kindliche Bindungen und Beziehungen	189
2.3 Familiäre Konfliktodynamik und Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung	192
a) Konflikte der Elternebene (Hochstrittigkeit)	195
b) Konfliktodynamik zwischen Eltern und Kind(ern)	197
2.4 Der Kindeswille – Macht und Ohnmacht von Kindern im Elternkonflikt	198
a) Wissenschaftliche Grundlagen und Perspektiven	199
b) Der ablehnende Kindeswille	202
c) Verhältnis von Kindeswohl und Kindeswille	204
3. Sorgerechtlicher Klärungsbedarf im Rahmen eines Sachverständigengutachtens	205
3.1 Diskurs zur gemeinsamen elterlichen Sorge versus Alleinsorge oder Übertragung von Teilbereichen des Sorgerechts	206
a) Elterliche Verantwortung im Wandel gesellschaftlich-normativer und individuell-subjektiver Leitbilder	206
b) Normativer Anspruch, familiäre Realität und Rechtspraxis	208
c) Gemeinsame Sorge oder Alleinsorge?	210
d) Das Wechselmodell als gerechte Lösung?	214
Diskurs kontra Wechselmodell	216
Diskurs pro Wechselmodell	218
3.2 Sorgerechtliche Fragen zur Erziehungsfähigkeit von Eltern(-teilen)	219
4. Umgangsrechtlicher Klärungsbedarf im Rahmen eines Sachverständigengutachtens	225
4.1 Ziel der Kind-Eltern-Kontakte: Bindungskontinuität oder Bindungsaufbau	227
a) Qualität der Kind-Eltern-Beziehung und Bindung	228
b) Fehlende Beziehung/Bindung	228
4.2 Quantität und Qualität kindlicher Umgangskontakte zu beiden Elternteilen	229
4.3 Einschränkung oder den Ausschluss von Umgangskontakten	230
4.4 Umgangspflegschaften und begleitete Umgänge	232
VII. Sorgerecht und Beteiligung von Kindern (Schimke)	235
1. Einführung	235
2. Kinderrechte in Deutschland	235
3. Exkurs: Kinderschutz und Kinderrechte	238
4. Die Beteiligung von Kindern im Sorge- und Umgangsrecht	240
4.1 Grundfragen der Beteiligung von Kindern in familiengerichtlichen Verfahren	241
4.2 Rechtsgrundlagen der Beteiligung von Kindern	242

	Seite
4.3 Die Beteiligung von Kindern bei Trennung und Scheidung	244
4.4 Die Beteiligung von Kindern im Umgangsrecht	245
4.5 Die Verfahrensbeistandschaft als Instrument der Beteiligung von Kindern	248
VIII. Mediation im familiengerichtlichen Verfahren (Moll-Vogel)	252
Einleitung	252
1. Was ist Mediation?	252
1.1 Definition	252
1.2 Ablauf und Phasen der Mediation	253
a) Phase 1 Festlegung der Grundlagen	253
b) Phase 2 Themensammlung, Darstellung der Positionen	254
c) Phase 3 Bearbeitung des Konflikts, Interessenklärung	255
d) Phase 4 Lösungsoptionen erarbeiten, prüfen und auswählen	255
e) Phase 5 Vereinbarung schließen	256
1.3 Prinzipien der Mediation	257
a) Freiwilligkeit	257
b) Informiertheit und Offenheit	257
c) Vertraulichkeit	258
d) Strukturiertheit des Verfahrens	258
e) Keine Entscheidungsbefugnis für den Mediator	258
f) Neutralität/Allparteilichkeit	258
g) Eigenverantwortlichkeit	259
h) Das Fall- und Problemspezifische	259
1.4 Beteiligung Dritter in der Mediation	259
1.5 Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in die Mediation	260
2. Wie und warum wirken Mediation, Mediationswerkzeuge?	261
2.1 Spiegeln, paraphrasieren, aktives Zuhören	261
2.2 Reframing	262
2.3 Direkte und indirekte Kommunikation	262
2.4 Visualisieren	263
2.5 Einzelgespräche	263
2.6 Gestaltung des Mediationstermins	263
3. Mediation im gerichtlichen Verfahren	265
3.1 Mediationsgesetz vom 21. Juli 2012	265
3.2 Mediation beim Güterichter	265
3.3 Rolle des Rechts in der Mediation	267
3.4 Mediation mit Rechtsanwälten	267
4. Außergerichtliche Mediation	268
4.1 Wie findet man einen guten Mediator?	268
4.2 Was kostet der Mediator?	269
4.3 Mediation bei internationalen Kindschaftskonflikten	269
5. Grenzen der Mediation	271

	Seite
IX. Das Recht der Pflegekindschaft (Salgo/Lack)	272
1. Einleitung	272
2. Internationale Regelungen	273
3. Verfassungsrecht	274
3.1 Pflegekind	275
3.2 Eltern	276
3.3 Staatliches Wächteramt	278
3.4 Pflegeeltern	279
4. Pflegekindschaft im Familienrecht	280
4.1 Keine systematische Regelung	280
4.2 „Freiwillige“ und als zivilrechtliche Schutzmaßnahme erfolgte Inpflegegabe	281
4.3 Handlungskompetenzen der Pflegeeltern	282
a) Übertragung von Angelegenheiten der elterlichen Sorge (§ 1630 Abs. 3 BGB)	283
b) Gesetzliche Entscheidungsbefugnisse der Pflegeeltern (§ 1688 BGB)	284
c) Verhältnis von Vormund und Pflegeeltern	289
d) Möglichkeiten und Grenzen vertragsrechtlicher Regelungen	290
4.4 Verbleibensanordnung (§ 1632 Abs. 4 BGB)	292
a) Sinn und Zweck der Verbleibensanordnung	293
b) Verfassungsrechtlich prekäre Situationen	294
c) Betroffene Minderjährige	295
d) Familienpflege	295
e) „Seit längerer Zeit“	296
f) Herausgabeverlangen	297
g) Antrag auf Verbleib	298
h) Die Verbleibensanordnung	298
i) Gefährungsgrad und -wahrscheinlichkeit	299
j) Dauer und Perspektive der Verbleibensanordnung	301
5. Umgang mit Pflegekindern	302
6. Pflegekindschaft im familiengerichtlichen Verfahren	307
7. Pflegekindschaft im Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII)	309
7.1 Vollzeitpflege als Hilfe zur Erziehung (§ 33 SGB VIII)	311
7.2 Die „geplante, zeit- und zielgerichtete Intervention“	313
a) „Rückkehr“ oder „Verbleib“	315
b) Hilfeplanung und Hilfeplan	316
c) „Permanency Planning“	318
d) Prüfung der Adoptionsoption	319
e) Inobhutnahme	320
X. Vergleich (Prenzlow)	322

	Seite
XI. Nachwort und Danksagung (Prenzlow)	332
1. Von der elterlichen Gewalt über die elterliche Sorge zur elterlichen Verantwortung	332
1.1 Bei der elterlichen Gewalt schien alles klar:	332
1.2 Heute beherrscht der Begriff der elterlichen Sorge die Diskussion.	332
1.3 Und in der Zukunft?	333
2. Danksagung	335
XII. Anhang	337
Übersicht	337
1. Tipps für Kinder	338
2. Kinderrechte im jugendamtlichen Verfahren bei Kinderschutz (ZANK)	339
2.1 Grundsätze für Beteiligungsrechte und -möglichkeiten	339
2.2 Gründe für den Einbezug von Kindern in das Abklärungs- und Behandlungssetting	339
2.3 Ausnahmen	340
3. Informationen für beide Elternteile zum Umgang mit dem Besuchsrecht (Früh-Naumann)	340
3.1 Hinweise für den Alltags-Elternteil, bei dem das Kind hauptsächlich lebt ..	341
3.2 Hinweise für den Elternteil, der das Kind nicht täglich erlebt	343
4. Musteranträge (Burschel/Kretzschmar/Sander)	345
5. Praxishinweis für Rechtsanwälte (Kretzschmar/Sander)	349
6. Teile der elterlichen Sorge (Burschel)	350
7. Begriffe der Kindeswohldefinitionen (Burschel)	350
8. Anschreiben eines Verfahrensbeistands an einen Jugendlichen (Kuleisa-Bingel/Wacker)	351
9. Anschreiben eines Verfahrensbeistands zur Kontaktaufnahme an die Eltern (Kuleisa-Bingel/Wacker)	352
10. Fachliche Stellungnahme eines Verfahrensbeistands wg. Umgangsregelung bei Fremdunterbringung (Kuleisa-Bingel/Wacker)	352
11. Fachliche Stellungnahme eines Verfahrensbeistands wg. Anrufung des Gerichts nach § 8a SGB VIII (Kuleisa-Bingel/Wacker)	353
12. Stellungnahme eines Verfahrensbeistands zum Sachverständigengutachten (Kuleisa-Bingel/Wacker)	356
13. Die praktische Umsetzung der Hilfen zur Erziehung und Maßnahmen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung am Beispiel des Kinderschutznetzwerkes Berlin (Simons)	356
14. Praxis bei Trennung und Scheidung – das Beispiel aus München (Simons)	362
15. Die Hannoversche Familien Praxis (Prenzlow)	365
15.1 Präambel	365
15.2 Ablaufschema	366
15.3 Weiterer Verlauf im Beschleunigten Verfahren	368
15.4 Die Beratungsphase	368
15.5 Weiterer Verlauf im Verfahren nach § 155 FamFG	369

	Seite
16. Merkblatt für Rechtsanwälte zur Zusammenarbeit im Familienkonflikt (<i>Moll-Vogel</i>)	369
17. Mediation: Vorschlag für eine Vertraulichkeitsvereinbarung (<i>Moll-Vogel</i>)	370
18. Vorschlag für einen Mediationsvertrag (<i>Moll-Vogel</i>)	370
19. Vorschlag für Verfahrensregeln zur Mediation (<i>Moll-Vogel</i>)	371
20. Mediationsgesetz (MediationsG) (<i>Moll-Vogel</i>)	372
21. Ergebnis einer Güteverhandlung (<i>Moll-Vogel</i>)	374
21.1 Umgangsvergleich	375
21.2 Vergleich zum Sorgerecht	376
22. Beispiel für ein Hausratsverteilung in € (<i>Moll-Vogel</i>)	377
23. Das Umgangshaus (<i>Prenzlow</i>)	377
Literatur	381
Stichwortverzeichnis	393